

Inhaltsübersicht

Einleitung	25
Erster Teil: Die gesetzlichen Wettbewerbsbeschränkungen vor und nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	30
A. Das Wettbewerbsverbot im bestehenden Arbeitsverhältnis	30
I. Die Rechtsgrundlagen des Wettbewerbsverbotes im bestehenden Arbeitsverhältnis	30
II. Der Inhalt des Wettbewerbsverbotes im bestehenden Arbeitsverhältnis	32
III. Die Dauer des Wettbewerbsverbotes im bestehenden Arbeitsverhältnis	37
IV. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen das Wettbewerbsverbot im bestehenden Arbeitsverhältnis	44
V. Zusammenfassung	53
B. Nachvertragliche Wettbewerbsbeschränkungen auf gesetzlicher Grundlage	54
I. Einführung	54
II. Nachvertragliche Wettbewerbsbeschränkungen auf der Grundlage der nachwirkenden Treuepflicht	55
III. Weitere gesetzliche nachvertragliche Wettbewerbsbeschränkungen	57
IV. Zusammenfassung	62
Zweiter Teil: Der Grundsatz der bezahlten nachvertraglichen Karez	63
A. Einführung	63
B. Verfassungsrechtlicher Hintergrund	64
I. Einführung	64
II. Die grundsätzliche Vereinbarkeit nachvertraglicher Wettbewerbsverbote mit den Wertungen des Grundgesetzes	65

III.	Die Erfüllung der staatlichen Schutzpflichten aus Art. 12 GG im Bereich der nachvertraglichen Wettbewerbsverbote	72
IV.	Zusammenfassung	76
C.	Inhaltliche Reichweite des Grundsatzes der bezahlten Karenz	77
I.	Für eine teleologische Reduzierung der §§ 74 ff. HGB bei Bagatellbeschränkungen	77
II.	Für eine Anwendung der §§ 74 ff HGB auch bei Bagatellbeschränkungen	78
III.	Eigene Stellungnahme	78
D.	Pflicht zur Zahlung einer erhöhten Karenzentschädigung in Ausnahmefällen	80
I.	Besonders schwerwiegende Wettbewerbsbeschränkungen	80
II.	Besonderheiten bei Teilzeitarbeitnehmern	80
III.	Rechtsfolge bei Missachtung	81
E.	Rechtsfolgen einer unzureichenden Karenzentschädigungszusage nach § 74 Abs. 2 HGB	82
I.	Die Definition der unzureichenden Karenzentschädigung	82
II.	Die Unverbindlichkeit der Wettbewerbsanrede als Rechtsfolge eines unzureichenden Karenzentschädigungsversprechens	85
III.	Die Pflichten des Arbeitnehmers im Falle der Unverbindlichkeit des Wettbewerbsverbotes	87
IV.	Die Pflichten des Arbeitgebers im Falle der Unverbindlichkeit des Wettbewerbsverbotes	89
V.	Voraussetzungen der Pflicht zur Zahlung einer Karenzentschädigung im Falle der Unverbindlichkeit des Wettbewerbsverbotes	94
VI.	Höhe der zu zahlenden Karenzentschädigung	109
VII.	Rechtsfolgen einer vollständig fehlenden Karenzentschädigungszusage	112
VIII.	Lösungsmöglichkeit des Arbeitgebers durch Verzicht auf das Wettbewerbsverbot	114
IX.	Zusammenfassung	115
F.	Sonstige Ansprüche des Arbeitnehmers bei fehlender oder unzureichender Karenzentschädigungszusage	117
I.	Schadensersatzansprüche	118
II.	Bereicherungsansprüche nach §§ 812 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1, 818 Abs. 2 BGB	122

III. Zusammenfassung	125
 Dritter Teil: Die sogenannten indirekten Wettbewerbsverbote	 127
A. Einführung	127
B. Die Inhaltskontrolle indirekter Wettbewerbsverbote	128
I. Direkte Anwendung der §§ 74 Abs. 2, 74a, 74b und 74c HGB	128
II. Analoge Anwendung der §§ 74 Abs. 2, 74a HGB auf indirekte Wettbewerbsbeschränkungen	133
III. Das Umgehungsverbot des § 75d Satz 2 HGB	135
IV. Das Verbot von Kündigungserschwerungen nach § 622 Abs. 6 BGB	140
V. Die Inhaltskontrolle nach den §§ 305 ff. BGB	141
VI. Sittenwidrigkeitskontrolle nach § 138 BGB	156
VII. Zusammenfassung	158
C. Die Möglichkeiten der Vertragsgestaltung im Einzelnen	160
I. Inaussichtstellen von Vorteilen für den Fall der nachvertraglichen Wettbewerbsenthaltung	160
II. Mandanten- und Kundenübernahmeklauseln	169
III. Rückzahlungsklauseln	213
IV. Wettbewerbsbeschränkende Widerrufs- und Verfallklauseln in Vereinbarungen zur betrieblichen Altersversorgung	274
V. Wettbewerbsbeschränkende Rückgabe-, Rückzahlungs- und Verfallklauseln in Mitarbeiterkapitalbeteiligungsprogrammen	308
 Wesentliche Ergebnisse der Arbeit	 354
I. Die gesetzlichen Wettbewerbsbeschränkungen vor und nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	354
II. Der Grundsatz der bezahlten nachvertraglichen Karenz	354
III. Rechtsfolgen der Vereinbarung einer unzureichenden Karenzentschädigung	355
IV. Die Abgrenzung indirekter Wettbewerbsbeschränkungen von herkömmlichen Wettbewerbsverboten	357
V. Die Inhaltskontrolle indirekter Wettbewerbsbeschränkungen	358

VI. Inaussichtstellen von Vorteilen für den Fall der nachvertraglichen Wettbewerbsenthaltung	359
VII. Mandanten- oder Kundenübernahmeklauseln	360
VIII. Rückzahlungsklauseln	361
IX. Wettbewerbsbeschränkende Widerrufs- und Verfallklauseln in Vereinbarungen zur betrieblichen Altersversorgung	363
X. Wettbewerbsbeschränkende Rückgabe,- Rückzahlungs- und Verfallklauseln in Mitarbeiterkapitalbeteiligungsprogrammen	365
Fazit	368
Literaturverzeichnis	371

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	25
Erster Teil: Die gesetzlichen Wettbewerbsbeschränkungen vor und nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	30
A. Das Wettbewerbsverbot im bestehenden Arbeitsverhältnis	30
I. Die Rechtsgrundlagen des Wettbewerbsverbotes im bestehenden Arbeitsverhältnis	30
II. Der Inhalt des Wettbewerbsverbotes im bestehenden Arbeitsverhältnis	32
1. Grundsätze	32
2. Vorbereitungshandlungen	33
3. Nicht wettbewerbsrelevante Tätigkeiten bei Konkurrenzunternehmen	33
III. Die Dauer des Wettbewerbsverbotes im bestehenden Arbeitsverhältnis	37
1. Grundsätze	37
2. Besonderheiten während der Freistellung von der Arbeitspflicht	37
3. Besonderheiten während des laufenden Kündigungsschutzprozesses	38
1) Keine Fortgeltung des Wettbewerbsverbotes	39
2) Grundsätzliche Fortgeltung des Wettbewerbsverbotes	39
3) Vermittelnde Auffassungen und Reaktion des Bundesarbeitsgerichts	41
4) Eigene Stellungnahme	42
IV. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen das Wettbewerbsverbot im bestehenden Arbeitsverhältnis	44
1. Entgeltansprüche des Arbeitnehmers	44
2. Ansprüche des Arbeitgebers aus § 61 HGB	44
1) Der Schadensersatzanspruch aus § 61 Abs. 1 HGB	45
2) Das Eintrittsrecht aus § 61 Abs. 1 HGB	46
3) Auskunftsansprüche des Arbeitgebers	46

4) Verjährung der Ansprüche nach § 61 Abs. 2 HGB	47
3. Unterlassungsanspruch des Arbeitgebers	47
4. Kündigungsrecht des Arbeitgebers	48
1) Außerordentliche Kündigung	48
2) Ordentliche Kündigung	51
5. Wettbewerbsrechtliche Folgen beim Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen	52
V. Zusammenfassung	53
B. Nachvertragliche Wettbewerbsbeschränkungen auf gesetzlicher Grundlage	54
I. Einführung	54
II. Nachvertragliche Wettbewerbsbeschränkungen auf der Grundlage der nachwirkenden Treuepflicht	55
1. Grundsatz der nachvertraglichen Wettbewerbsfreiheit	55
2. Ausnahmen bei grob unredlichem Verhalten des Arbeitnehmers	56
III. Weitere gesetzliche nachvertragliche Wettbewerbsbeschränkungen	57
1. § 17 Abs. 2 UWG („Betriebsspionage“)	58
2. §§ 1 UWG, 826 BGB	59
3. Allgemeiner deliktsrechtlicher Schutz	60
IV. Zusammenfassung	62
Zweiter Teil: Der Grundsatz der bezahlten nachvertraglichen Karenz	63
A. Einführung	63
B. Verfassungsrechtlicher Hintergrund	64
I. Einführung	64
II. Die grundsätzliche Vereinbarkeit nachvertraglicher Wettbewerbsverbote mit den Wertungen des Grundgesetzes	65
1. Ausnahmslose Verfassungswidrigkeit von nachvertraglichen Wettbewerbsverboten unabhängig von ihrer inhaltlichen Ausgestaltung	65
2. Grundsätzliche Vereinbarkeit von nachvertraglichen Wettbewerbsverboten mit der Berufsfreiheit	66
1) Rechtsprechung	66

2) Literaturansichten	69
3. Eigene Stellungnahme	70
III. Die Erfüllung der staatlichen Schutzpflichten aus Art. 12 GG im Bereich der nachvertraglichen Wettbewerbsverbote	72
1. Staatliche Schutzpflichten nach Art. 12 GG	72
2. Erfüllung der staatlichen Schutzpflichten durch die Schutzvorschriften der § 74 ff. HGB	73
IV. Zusammenfassung	76
C. Inhaltliche Reichweite des Grundsatzes der bezahlten Karez	77
I. Für eine teleologische Reduzierung der §§ 74 ff. HGB bei Bagatellbeschränkungen	77
II. Für eine Anwendung der §§ 74 ff. HGB auch bei Bagatellbeschränkungen	78
III. Eigene Stellungnahme	78
D. Pflicht zur Zahlung einer erhöhten Karenzenschädigung in Ausnahmefällen	80
I. Besonders schwerwiegende Wettbewerbsbeschränkungen	80
II. Besonderheiten bei Teilzeitarbeitnehmern	80
III. Rechtsfolge bei Missachtung	81
E. Rechtsfolgen einer unzureichenden Karenzenschädigungszusage nach § 74 Abs. 2 HGB	82
I. Die Definition der unzureichenden Karenzenschädigung	82
1. Unterschreitung der 50-Prozent-Grenze des § 74 Abs. 2 HGB	82
2. Übermäßige Anrechnung anderweitigen Erwerbs	84
II. Die Unverbindlichkeit der Wettbewerbsanrede als Rechtsfolge eines unzureichenden Karenzenschädigungsversprechens	85
III. Die Pflichten des Arbeitnehmers im Falle der Unverbindlichkeit des Wettbewerbsverbotes	87
1. Wegfall der Karenzpflicht	87
2. Aufrechterhaltung der Karenzpflicht unter Festsetzung einer Entschädigungspflicht	87
3. Stellungnahme	88

IV. Die Pflichten des Arbeitgebers im Falle der Unverbindlichkeit des Wettbewerbsverbotes	89
1. „Wahlrechtsmodell“ des Bundesarbeitsgerichts	89
2. Kritik am „Wahlrechtsmodell“ aus der Literatur	90
3. Stellungnahme	91
V. Voraussetzungen der Pflicht zur Zahlung einer Karenzentschädigung im Falle der Unverbindlichkeit des Wettbewerbsverbotes	94
1. Frühere Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts	94
2. Aktuelle Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts	95
3. Lösungsansatz von Wertheimer	96
4. Lösungsansatz von Hadding/Hammen	96
5. Eigene Stellungnahme	97
1) Rechtsunsicherheiten beim Lösungsmodell des Bundesarbeitsgerichts	97
2) Benachteiligung des rechtsunkundigen Arbeitnehmers beim Lösungsansatz von Wertheimer	99
3) Lösungsansatz von Hadding/Hammen	101
4) Eigener Lösungsansatz	101
a) Wahlrecht des Arbeitnehmers als Gestaltungsrecht	101
b) Verwirkung des Wahlrechts	103
c) Rechtsfolgen der Ausübung des Wahlrechts	103
d) Rechtsfolgen einer Nichtausübung des Wahlrechts	106
VI. Höhe der zu zahlenden Karenzentschädigung	109
VII. Rechtsfolgen einer vollständig fehlenden Karenzentschädigungszusage	112
VIII. Lösungsmöglichkeit des Arbeitgebers durch Verzicht auf das Wettbewerbsverbot	114
IX. Zusammenfassung	115
F. Sonstige Ansprüche des Arbeitnehmers bei fehlender oder unzureichender Karenzentschädigungszusage	117
I. Schadensersatzansprüche	118
II. Bereicherungsansprüche nach §§ 812 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1, 818 Abs. 2 BGB	122
III. Zusammenfassung	125

Dritter Teil: Die sogenannten indirekten Wettbewerbsverbote	127
A. Einführung	127
B. Die Inhaltskontrolle indirekter Wettbewerbsverbote	128
I. Direkte Anwendung der §§ 74 Abs. 2, 74a, 74b und 74c HGB	128
II. Analoge Anwendung der §§ 74 Abs. 2, 74a HGB auf indirekte Wettbewerbsbeschränkungen	133
III. Das Umgehungsverbot des § 75d Satz 2 HGB	135
1. Einführung	135
2. Sinn und Zweck der Norm	135
3. Tatbestand	136
4. Häufige Umgehungstatbestände	138
5. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen das Umgehungsverbot	140
IV. Das Verbot von Kündigungserschwerungen nach § 622 Abs. 6 BGB	140
V. Die Inhaltskontrolle nach den §§ 305 ff. BGB	141
1. Die AGB-rechtliche Inhaltskontrolle „herkömmlicher“ nachvertraglicher Wettbewerbsverbote im Sinne des § 74 HGB	142
1) Rechtsprechung	144
2) Literaturansichten	145
a) Gegen eine AGB-rechtliche Inhaltskontrolle herkömmlicher Wettbewerbsverbote	145
b) Für eine AGB-rechtliche Inhaltskontrolle herkömmlicher Wettbewerbsverbote	147
3) Stellungnahme	147
2. Die AGB-rechtliche Inhaltskontrolle indirekter Wettbewerbsbeschränkungen	150
3. Unklarheitenregel, Überraschungsschutz und Transparenzgebot	151
a) Die Unklarheitenregel des § 305c Abs. 2 BGB	151
b) Überraschungsschutz nach § 305c Abs. 1 BGB	153
c) Transparenzgebot nach § 307 Abs. 1 Satz 2 BGB	155
VI. Sittenwidrigkeitskontrolle nach § 138 BGB	156
VII. Zusammenfassung	158

C. Die Möglichkeiten der Vertragsgestaltung im Einzelnen	160
I. Inaussichtstellen von Vorteilen für den Fall der nachvertraglichen Wettbewerbsenthaltung	160
1. Einführung	160
2. Rechtliche Einordnung	160
3. Rechtliche Zulässigkeit	161
1) Rechtsprechung	161
2) Literaturansichten	161
3) Eigene Stellungnahme	162
a) Vereinbarkeit mit § 74 HGB	162
b) Vereinbarkeit mit § 75d Satz 2 HGB	162
c) Vereinbarkeit mit den §§ 305 ff. BGB	164
d) Vereinbarkeit mit § 138 Abs. 2 BGB	165
4. Praktische Aspekte	165
5. Zusammenfassung	166
6. Formulierungsvorschläge	167
II. Mandanten- und Kundenübernahmeklauseln	169
1. Einführung	169
2. Rechtliche Einordnung	173
1) Mandanten- und Kundenübernahmeklauseln als aufschiebend bedingte Teilpraxis- oder Unternehmenskäufe	173
2) Mandanten- und Kundenübernahmeklauseln als selbständige Strafversprechen im Sinne von §§ 339 ff. BGB	174
3. Rechtliche Zulässigkeit	176
1) Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts	176
a) BAG, Urteil vom 10. Dezember 1985 - 3 AZR 242/84	176
b) BAG, Urteil vom 07. August 2002 - 10 AZR 586/01	178
2) Instanzgerichtliche Rechtsprechung	180
a) LAG Düsseldorf, Urteil vom 28. Juni 2001 - 11 Sa 532/01	180
b) LAG Köln, Urteile vom 24. August 2007 - 11 Sa 241/07 und vom 14. April 2008 - 5 Sa 413/08	181
3) Literaturansichten	181

4) Eigene Stellungnahme	186
a) Direkte Anwendbarkeit der §§ 74 ff. HGB auf Mandantenübernahmeklauseln	186
b) Unwirksamkeit von Mandantenübernahmeklauseln nach § 344 BGB	186
c) Vereinbarkeit mit § 75d Satz 2 HGB	190
a. Möglichkeit der karenzentschädigungsfreien Vereinbarung	190
b. Maximal zulässige Höhe der Gewinnabführungspflicht	191
c. Maximal zulässige Dauer der Gewinnabführungspflicht	193
d. Sachliche Grenzen der Mandantenübernahmeklausel	195
d) Einbeziehungs- und Inhaltskontrolle nach den §§ 305 ff. BGB	196
e) Verstoß gegen § 138 BGB	197
f) Sonderproblem bei freien Berufen: Verstoß gegen den Grundsatz der freien Arzt- und Anwaltswahl	197
g) Beurteilung beim Wechsel in ein neues Arbeitsverhältnis	201
4. Die Durchsetzung von Ansprüchen aus Honorarabführungsklauseln	205
1) Auskunft- und Informationsansprüche	205
2) Vertragsstrafenversprechen zur Sicherung der Auskunftsverpflichtungen	209
3) Prozessuale Aspekte	209
5. Zusammenfassung	210
6. Formulierungsvorschlag	212
III. Rückzahlungsklauseln	213
1. Einführung	213
2. Rechtliche Einordnung	214
1) Grundsätze	214

2) Rückzahlungsklauseln als selbständige Strafversprechen	216
a) Für eine Einordnung von Rückzahlungsklauseln als selbständige Strafversprechen	216
b) Gegenansicht	217
c) Eigene Stellungnahme	218
3. Rechtliche Zulässigkeit	220
1) Entwicklung der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zu Rückzahlungsklauseln für Sonderzahlungen und Ausbildungskosten	221
a) Einführung	221
b) Rechtsprechung der 1960er Jahre	223
c) Rechtsprechung der 1970er, 1980 und 1990er Jahre	226
d) Rechtsprechung nach der Schuldrechtsreform	231
2) Zusammenfassung der vom Bundesarbeitsgericht aufgestellten Grundsätze zu herkömmlichen Rückzahlungsklauseln	234
a) Rückzahlungsklauseln für Aus- und Fortbildungskosten	235
b) Rückzahlungsklauseln bei Sonderzahlungen	237
3) Instanzgerichtliche Rechtsprechung zur rechtlichen Zulässigkeit von Rückzahlungspflichten in Verbindung mit nachvertraglichen Wettbewerbsverboten	240
4) Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur rechtlichen Zulässigkeit von Rückzahlungspflichten in Verbindung mit nachvertraglichen Wettbewerbsverboten	241
5) Literaturansichten	242
a) Zustimmung zu den von der Rechtsprechung aufgestellten Grundsätzen zu herkömmlichen Rückzahlungsklauseln	242
b) Kritik an der von der Rechtsprechung in der Vergangenheit praktizierten geltungserhaltenden Reduktion und alternative Lösungsansätze	244

c)	Beurteilung von Rückzahlungspflichten bei nachvertraglichen Wettbewerbsbeschränkungen	247
6)	Eigener Lösungsansatz	251
a)	Keine direkte Anwendung der §§ 74 ff. HGB auf durch nachvertragliche Wettbewerbstätigkeit ausgelöste Rückzahlungspflichten	251
b)	Übertragbarkeit der dargestellten Rechtsprechung auf durch nachvertragliche Wettbewerbstätigkeit ausgelöste Rückzahlungspflichten	251
c)	Zulässigkeit einer Verpflichtung zur Rückzahlung von Aus- und Fortbildungskosten bei nachvertraglicher Aufnahme einer Wettbewerbstätigkeit	253
a.	Einbeziehungskontrolle nach den §§ 305 ff. BGB	253
b.	Vereinbarkeit der Klauseln mit § 75d Satz 2 HGB	255
c.	Vereinbarkeit der Klauseln mit § 307 Abs. 1 Satz 1 BGB	259
d.	Vereinbarkeit mit dem Transparenzgebot des § 307 Abs. 1 Satz 2 BGB	260
e.	Verstoß gegen § 138 BGB	261
d)	Zulässigkeit einer Verpflichtung zur Rückzahlung von Sonderzahlungen bei nachvertraglicher Aufnahme einer Wettbewerbstätigkeit	261
a.	Einbeziehungskontrolle nach den §§ 305 ff. BGB	262
b.	Vereinbarkeit der Klauseln mit § 75d Satz 2 HGB	262
c.	Vereinbarkeit der Klauseln mit § 307 Abs. 1 Satz 1 BGB	263
d.	Vereinbarkeit mit dem Transparenzgebot des § 307 Abs. 1 Satz 2 BGB	268
e.	Verstoß gegen § 138 BGB	268
4.	Durchsetzung der Ansprüche	268

5. Zusammenfassung	269
6. Formulierungsvorschläge	272
IV. Wettbewerbsbeschränkende Widerrufs- und Verfallklauseln in Vereinbarungen zur betrieblichen Altersversorgung	274
1. Einführung	274
2. Betriebliche Altersversorgung und nachvertraglicher Wettbewerb	275
1) Einführung	275
2) Wettbewerbstätigkeit des Ruhegeldempfängers als Treuepflichtverletzung	276
3) Widerrufs- und Verfallsklauseln für Ansprüche aus der betrieblichen Altersversorgung	280
4) „Ruhendstellung“ der Ansprüche aus der betrieblichen Altersversorgung	286
5) Andere vertragliche Gestaltungsmöglichkeiten zur Regelung von nachvertraglichem Wettbewerb während des Betriebsrentenbezugs	287
a) Auflösend bedingte Vereinbarung des Wettbewerbsverbotes	288
b) Verrechnung der Betriebsrente mit der Karenzentschädigung	289
c) Verrechnung der Karenzentschädigung mit der Betriebsrente	291
d) Verrechnung von Einkünften aus einer Wettbewerbstätigkeit mit der Betriebsrente	293
e) Verzicht auf das Wettbewerbsverbot nach § 75a HGB	295
6) Widerrufs- und Verfallklauseln für Ansprüche auf Übergangsgeld	295
7) Zusammenfassung	302
8) Formulierungsvorschläge	305
V. Wettbewerbsbeschränkende Rückgabe,- Rückzahlungs- und Verfallklauseln in Mitarbeiterkapitalbeteiligungsprogrammen	308
1. Einführung	308
1) Wirtschaftliche Bedeutung von Mitarbeiterkapitalbeteiligungsprogrammen	308

2) Mitarbeiterkapitalbeteiligung durch Belegschaftsaktien	309
3) Mitarbeiterkapitalbeteiligung durch Aktienoptionspläne	310
4) Bindungsklauseln in Mitarbeiterkapitalbeteiligungsverträgen	311
2. Verfallklauseln für noch nicht ausgeübte Aktienoptionen bei Mitarbeiterkapitalbeteiligungsmodellen	313
1) Anwendbarkeit der §§ 305 ff. BGB bei Aktienoptionsvereinbarungen in Form von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	313
a) Bereichsausnahme des § 310 Abs. 4 Satz 1 BGB	314
b) Bereichsausnahme des § 310 Abs. 4 Satz 2 BGB	315
c) Bereichsausnahme des § 307 Abs. 3 BGB	315
2) Inhaltskontrolle von Aktienoptionsgewährungsvereinbarungen in Allgemeinen Geschäftsbedingungen	316
a) Überraschungsschutz nach § 305c Abs. 1 BGB	316
b) Angemessenheitskontrolle	317
a. Einführung	317
b. Generelle Unzulässigkeit des ersatzlosen Verfalls von entgeltpflichtigen Aktienoptionsrechten	319
c. Grundsätzliche Zulässigkeit des Verfalls von unentgeltlich gewährten Aktienoptionen	319
d. Aktienoptionsrechte als Entgelt im engeren Sinne	320
e. Aktienoptionsrechte als Entgelt im weiteren Sinne	322
f. Zulässige Bindungsdauer	324
g. Rechtsfolge überlanger Verfallfristen	329
h. Differenzierung nach dem Grund für die Beendigung des Arbeitsverhältnisses	331
3) Inhaltskontrolle bei individuell ausgehandelten Klauseln	332

3. Rückgabeklauseln für bereits ausgeübte Aktienoptionsrechte und Belegschaftsaktien	333
1) Gesellschaftsrechtliche Aspekte	334
2) Inhaltskontrolle nach den §§ 305 ff. BGB bei Allgemeinen Geschäftsbedingungen	337
a) Entgeltlich erworbene Aktien und Aktienoptionsrechte	337
b) Unentgeltlich erworbene Aktien und Aktienoptionsrechte als Entgelt im engeren Sinne	338
c) Unentgeltlich erworbene Aktien und Aktienoptionsrechte als Entgelt im weiteren Sinne	338
3) Inhaltskontrolle bei individuell ausgehandelten Klauseln	341
4. Rückzahlungsklauseln für bereits veräußerte Belegschaftsaktien	341
5. Bindungsklauseln in Aktienoptionsprogrammen als mittelbare Wettbewerbsverbote	342
1) Einführung	342
2) Literaturansichten	342
3) Eigene Stellungnahme	343
a) Verfallklauseln für Aktienoptionsrechte	344
b) Rückgabeklauseln	345
c) Rückzahlungsklauseln	346
6. Zusammenfassung	347
7. Formulierungsvorschläge	350
Wesentliche Ergebnisse der Arbeit	354
I. Die gesetzlichen Wettbewerbsbeschränkungen vor und nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	354
II. Der Grundsatz der bezahlten nachvertraglichen Karenz	354
III. Rechtsfolgen der Vereinbarung einer unzureichenden Karenzentschädigung	355
IV. Die Abgrenzung indirekter Wettbewerbsbeschränkungen von herkömmlichen Wettbewerbsverboten	357
V. Die Inhaltskontrolle indirekter Wettbewerbsbeschränkungen	358

VI. Inaussichtstellen von Vorteilen für den Fall der nachvertraglichen Wettbewerbsenthaltung	359
VII. Mandanten- oder Kundenübernahmeklauseln	360
VIII. Rückzahlungsklauseln	361
IX. Wettbewerbsbeschränkende Widerrufs- und Verfallklauseln in Vereinbarungen zur betrieblichen Altersversorgung	363
X. Wettbewerbsbeschränkende Rückgabe,- Rückzahlungs- und Verfallklauseln in Mitarbeiterkapitalbeteiligungsprogrammen	365
Fazit	368
Literaturverzeichnis	371